

Steuern und Finanzen

Ausgabenbremse

Mit der Ausgabenbremse sollte sichergestellt werden, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat Massnahmen zum mittelfristigen Haushaltsausgleich beschliessen, die innert nützlicher Frist eine Entlastung der Staatsrechnung bewirken. Finanzpolitisch „unvernünftige“ Entscheide des Parlaments hätten dadurch verhindert werden sollen. Die Ausgabenbremse ist allerdings nicht umsetzbar. Nicht einmal die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates hält sich daran, obwohl sie es war, welche diese Ausgabenbremse initiiert und vor dem Volk durchgesetzt hat.

Im System der Ausgabenbremse ist der Fokus einseitig auf die Finanzen gerichtet. Der Staat hat jedoch auch den Auftrag, die beschlossenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Durch die Abschaffung der Ausgabenbremse können die Politik und die öffentlichen Aufgaben wieder im Zentrum stehen. Die SP verlangt daher die Abschaffung der Ausgabenbremse.

Pauschalbesteuerung

Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländerinnen und Ausländern steht im Widerspruch zur verfassungsrechtlich gebotenen Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral. Haben im Kanton Zürich im Jahr 2000 19 Personen von einer Pauschalbesteuerung profitiert, sind es im Jahr 2004 bereits 76.

Steuergerechtigkeit wäre eigentlich etwas einfaches: Man bezahlt gleichviel Steuern wie andere, die gleichviel verdienen. Diejenigen, die mehr verdienen, bezahlen mehr als jene, die weniger verdienen. Leider ist dies aber nicht so. Vermögende Leute werden mit günstigen Angeboten angelockt. Zum Beispiel mit der Pauschalbesteuerung. Das hat zwei Auswirkungen: Erstens fühlen sich alle betrogen, die ganz normal die Abgaben an ihrem Wohnort bezahlen. Zweitens hat eines der reichsten Länder der Welt wegen des Steuerwettbewerbs leere Staatskassen. Das ist paradox, unnötig und auf lange Sicht schädlich. Weil dem Staat dadurch immer öfter die Mittel fehlen, um Dinge wie Spitäler, Bahnlinien oder Schulen zu finanzieren. Das ist aber wichtig. Johnny Hallyday wäre ja kaum nach Rumänien oder Gambia gezügelt, sogar wenn er dort überhaupt keine Steuern bezahlen müsste, nicht wahr?

Die SP hat im Juni 2006 eine Behördeninitiative des Zürcher Gemeinderats zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung unterstützt. Im Oktober 2006 wurde eine Volksinitiative zur Aufhebung der Pauschalsteuer eingereicht, die gültig zustande gekommen ist.

Die kantonalen Finanzdirektoren bekommen nun kalte Füsse. Unter dem öffentlichen Druck wollen sie plötzlich die Pauschalsteuern verdoppeln (vgl. NZZ am Sonntag vom 14. Januar 2007). Dies ist immer noch viel zu wenig - aber zugleich das Eingeständnis, dass die heutige Umsetzung von Bundesrecht verfassungswidrige Steuerprivilegien gewährt.

Konsequenzen der Abschaffung diverser Steuern

Weitere Steuersenkungen sind unverantwortlich, weil sie die Handlungsfähigkeit des Kantons Zürich einschränken.

Mit einer verfehlten Steuerpolitik ist es der FDP und der SVP gelungen, den Kanton Zürich in die roten Zahlen zu treiben. Die seit 1998 beschlossenen Steuergesetzänderungen, Steuerabschaffungen und Steuerfussenkungen führen zu Steuerausfällen von jährlich 833 Millionen Franken. Wohlhabende, ImmobilienbesitzerInnen und Erben grosser Nachlässe profitieren am meisten von diesen Entlastungen. Verlieren werden diejenigen, die von den diversen Sparpaketen betroffen sind (siehe Auflistung möglicher Sparmassnahmen gemäss Antwort RR 299/2005 Massnahmen zur Aufwandreduktion von sechs Prozent).

Nur 25 Prozent der Bevölkerung profitierten von der Abschaffung der Erbschaftssteuer. 75 Prozent der Erbfälle waren bereits vorher steuerfrei. Die Abschaffung hat in erster Linie einer sehr kleinen Gruppe mit sehr grossem Vermögen genützt.

Steuern allgemein

Der Kanton braucht Geld, um die Aufgaben zu erfüllen, die ihm aufgetragen worden sind. Steuern sind die gerechteste Form, um dieses Geld zu beschaffen. Sie berücksichtigen – im Gegensatz zu Gebühren und Abgaben – die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen.

Im Vergleich zu anderen Kantonen erhebt der Kanton Zürich sehr moderate Steuern. Nur 5 Kantone haben eine niedrigere Steuerbelastung als Zürich (AG, NW, SZ, TI, ZG).

Die SP will einen gesunden Staat, der für alle Bevölkerungsschichten gute staatliche Leistungen erbringt. Statt dem Staat mittels Steuersenkungen Mittel zu entziehen und danach Leistungen abzubauen, lautet der Grundsatz der SP: „Erst die notwendigen Leistungen des Staates definieren und dann deren Finanzierung angehen“. Sparprogramme vernichten zehntausende von Arbeitsplätzen und sind wirtschaftsfeindlich. Die SP verfolgt eine Finanzpolitik, die Innovationen fördert und die Konjunktur wieder belebt. Im Interesse der Wirtschaft und sicherer Arbeitsplätze.

Steuergerechtigkeit

Der Mittelstand bezahlt die Hauptlast der Steuern. Die Arbeitseinkommen werden in der Schweiz überproportional besteuert. Die grossen Vermögen werden mit Samthandschuhen angefasst. Als eines der wenigen Länder kennt die Schweiz keine Kapitalgewinnsteuer. Milliarden Gewinne an der Börse sind steuerfrei. Unzählige Steuerschlupflöcher in den Steuergesetzen werden systematisch zulasten der Arbeitseinkommen ausgebaut.

Die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP will ein Verbot von degressiven Steuermodellen und einen fairen Mindeststeuersatz für sehr hohe Einkommen und Vermögen: 22 Prozent für Einkommen über 250 000 Franken, fünf Promille für Vermögen über 2 Millionen Franken.

In den letzten Jahren wurde die Kluft zwischen arm und reich stets grösser. Vom Lohnzuwachs der Neunziger Jahre konnten nur 5 Prozent der Bevölkerung profitieren. Beinahe die gesamte Bevölkerung hat somit seit 1990 gleich viel oder sogar weniger Lohn erhalten (Stand 2001). Die SP will einen Staat, der die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben verhindert und nicht noch fördert.

Die FDP will die direkte Bundessteuer abschaffen und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöhen. Dadurch würden 95 Prozent der SteuerzahlerInnen stärker belastet. Die reichsten 5 Prozent würden entlastet. Die Mittelschicht und die Armen werden geschöpft. Eine Familie mit zwei Kindern und einem jährlichen Bruttoeinkommen von 75'000 Franken müsste jährlich 2'700 Franken mehr Steuern bezahlen. Personen mit einem Einkommen von einer Million Franken hingegen 75'000 Franken weniger. Das ist die Politik der Umverteilung von unten nach oben in ihrer krassesten Form. Deutlicher als die FDP hat bisher noch keine Partei gezeigt, dass sie nicht für die Bevölkerung, sondern nur für die reiche Oberschicht Politik macht. (Quelle: Steuerrechner der Eidg. Steuerverwaltung, siehe auch Blick vom 23.01.07).

Steuergeschenke

Auch wir wollen Steuergeschenke. Für Leute, die sie brauchen. Die SP setzt sich daher für eine steuerliche Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen ein. Sie befürwortet zudem die Individualbesteuerung (Besteuerung unabhängig vom Zivilstand).

Die Absicherung der sozial Schwachen in unserem Land, ein bezahlbares Gesundheitswesen, ein starkes Bildungswesen und ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz sind wichtiger als weitere Steuersenkungen.

(Bspl. Ansiedlung Google in Zürich. Sprecher von Google sagte gegenüber der NZZ am 17. Januar 2007, dass „die sehr hohe Lebensqualität, die zentrale Lage und die guten Beziehungen zur ETH für den Standort Zürich gesprochen hätten.“ Standortqualität bedeutet gute Schulen, Spitäler, ÖV, Sicherheit, kulturelles Angebot, intakte Umwelt etc. Es geht also nicht in erster Linie um den Steuersatz!)

Steuerwettbewerb

Der ruinöse Steuerwettbewerb muss ein Ende finden. Die auseinanderdriftenden Steuerfüsse von Kantonen und Gemeinden nützen nur den Gutverdienenden und Superreichen. Sie können sich so ihrer Verantwortung entziehen und ihre Steuern optimieren. Die Kosten tragen diejenigen, die auf gute staatliche Leistungen angewiesen sind.

Christoph Leuenberger

Die Informationen stammen aus der Wahlplattform, Medienmitteilungen, Vernehmlassungsantworten, den Broschüren „Ein Platz für Ihre Anliegen“ und „Für eine gerechte Finanzpolitik. Fakten und Argumente der SP des Kantons Zürich“, 20minuten-Kolumne vom 16. Januar und Vorstössen der SP.